



071/10

24.06.10

Fehmarnbelt-Komitee tagte in Berlin

Berlin. Die Schienenhinterland-Anbindung der festen Fehmarnbelt-Querung auf deutscher Seite stand auf der jüngsten Sitzung des Fehmarnbelt-Komitees als zentraler Punkt auf der Tagesordnung. Das zwanzigköpfige, deutsch-dänisch besetzte Komitee hatte sich hierzu in Berlin mit Vertretern der Deutschen Bahn AG (DB) und des Bundesverkehrsministeriums getroffen, um Informationen aus erster Hand über den aktuellen Stand der Ausbauplanungen für die Schienenstrecke zwischen Puttgarden und Lübeck zu erhalten. Neben der Konzernbevollmächtigten der DB für Hamburg und Schleswig-Holstein, Ute Plambeck, und dem Leiter der Bundesverkehrswegeplanung der DB, Dr. Roland Hennecke, stellte sich auch der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann den Fragen der Komitee-Mitglieder.

Der Vorsitzende des Fehmarnbelt-Komitees, Reinhard Sager, zeigte sich erfreut über die Bereitschaft von Bahn und Verkehrsministerium, dem Komitee Rede und Antwort zu stehen: „Der direkte Kontakt zu hochrangigen Vertretern der DB und des Bundesverkehrsministeriums ist wichtig, um die Entscheidungsträger auf Bundesebene für die besonderen Probleme und Fragestellungen vor Ort zu sensibilisieren. Auf diesem Wege konnten wir in Berlin die Interessen der Region noch einmal gezielt auf der Ebene vorbringen, auf der letztlich die Entscheidungen

Herausgeber.

Kreis Ostholstein, Lübecker Str. 41, 23701 Eutin
Tel. 04521 / 788-438, Fax:04521 / 788-96438, E-Mail: a.sierks-pfaff@kreis-oh.de
Verantwortlich für den Text: Anja Sierks-Pfaff



für die Schienentrasse und über das hierfür benötigte Finanzvolumen getroffen werden.“

Nach Einschätzung des Vorsitzenden sei es besonders für die dänischen Mitglieder des Fehmarnbelt-Komitees hochinteressant gewesen, konkret und direkt vom Projektträger über die Planungen der Schienenhinterlandanbindung informiert zu werden. Dabei konnte Einblick in die Rahmenbedingungen und Planungsgrundsätze gewonnen werden, die sich zum Teil deutlich von der dänischen Vorgehensweise unterscheiden. Auf die Frage nach den Ausbaumöglichkeiten für eine Hochgeschwindigkeitstrasse Kopenhagen – Hamburg beriefen sich die Vertreter der DB auf die Inhalte und Vorgaben aus dem Staatsvertrag zur festen Fehmarnbelt-Querung. Dieser sieht eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 160 Kilometern pro Stunde für die Schienenstrecke vor. Höhere Geschwindigkeiten wären mit weitaus höheren Ausbauerfordernissen und Investitionskosten verbunden, die im Auftrag in dieser Form nicht vorgesehen sind. Diskutiert wurde im Komitee darüber hinaus die Möglichkeit, zumindest auf jenen Trassenabschnitten, für die eine Neutrasse vorgesehen sei, höhere Geschwindigkeiten zu realisieren.

Auch das Thema der großräumigen regionalen Kooperationen stand im Mittelpunkt der Arbeitsgespräche. Gemeinsam mit Referenten aus Hamburg und Kopenhagen haben sich die Mitglieder des Komitees mit der Frage möglicher gemeinsamer Interessen zur Entwicklung der Achse Hamburg-Kopenhagen/Malmö und geeigneter Strategien zur Einbindung der stärker ländlich geprägten Teilräume zwischen den Metropo-



len auseinander gesetzt. Dabei stellte sich heraus, dass die Großstädte ein großes Interesse haben, die Fehmarnbelt-Region als wichtigen Bestandteil der Entwicklungsachse intensiv einzubinden. Die Region habe ein großes Entwicklungspotential für die Bereiche Infrastruktur, Forschung und Tourismus sowie für den Ausbau eines grenzübergreifenden Arbeitsmarktes. Hierzu bedarf es jedoch einer positiven Unterstützung für die Region um unter anderen die optimalen Voraussetzungen für die Ansiedlung von Gewerbe zu schaffen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Fehmarnbelt-Komitee, Svend Erik Hovmand verdeutlichte, dass die Einbindung der Fehmarnbelt-Region in die Zusammenarbeit zwischen den Metropolen Kopenhagen und Hamburg eine wesentliche strategische Säule für die Entwicklung der Fehmarnbelt-Region darstelle. Das Komitee sei an einer Bündelung der gemeinsamen Interessen mit Hamburg und Kopenhagen für die Wachstumsachse an der A1 sehr interessiert und werde daher einer intensivierten Zusammenarbeit mit den beiden Metropolen in der Arbeit des Komitees Priorität einräumen.